

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 98. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Natur
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsbetriebsrichtungen — hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmaß 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhohndorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tietzendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 75

Mittwoch, den 30. März 1927

79. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Donnerstag, den 31. März 1927, vorm. 11 Uhr

Sollen in Pulsnitz Restaurant Bürgergarten

- 1 goldene Herrenuhr mit Kette, 1 Rußbaumgaleriefchrank (Inhalt Silberfächer)
- 1 Sofa, 1 Kleiderfchrank, 1 Schreibtisch
- 1 neuer kupferner Waschkessel mit Feuerung und 1 Nähmaschine

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Viele Tausend Meter Band u. Gurt (Röper, Atlas, Baumwolle usw.)
sollen am 5. 4. 1927, nachmittags 2 Uhr, im Bürgergarten Pulsnitz
meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.

Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamtes Ramenz.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Das Reichskabinett hat seine Entscheidung über die deutsch-französischen
Handelsabmachungen verjagt.

Nach Mitteilungen eines amerikanischen Journalisten aus Doorn denkt
der frühere Kaiser Wilhelm II. nicht an Rückkehr nach Deutschland.

Ein Konfessionarium hat nach den Morgenblättern der Stadt Berlin das
Angebot gemacht, mit amerikanischen Geldern auf dem Schöneberger
Südgebiet etwa 14 000 Neubauwohnungen zu errichten.

Bei Hünfeld (Frankfurt a. M.) wurde ein Kraftwagen der Vereinigten
Fitzfabriken Zuda beim Passieren eines unbewachten Bahnüber-
ganges von einem Güterzug überfahren. Der Wagenführer wurde
getötet.

Ein Junkers-Flugzeug hat einen neuen Rekordflug nach Spanien
aufgestellt.

In der Nähe von Pilsen stieß ein Lastkraftwagen an einem Bahnüber-
gang mit einem Güterzug zusammen. Das Automobil wurde von
der Lokomotive 300 Meter weit mitgeschleift. Von den 3 Insassen
sind zwei schwer und einer leicht verletzt worden.

Die rumänische Regierung hat beschloffen, die Liquidierung des beschlag-
nahmen deutschen Eigentums auszuführen.

Troßki, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, kehrt Anfang April nach
Moskau zurück. Ob Troßki wieder in das Zentralkomitee der
Partei eintreten wird, ist noch nicht bestimmt.

Im russischen Gouvernement Tschernigow ist der Vorsitzende der dortigen
kommunistischen Parteiorganisation wegen kirchenfeindlicher Agitation
von Bauern erschlagen worden. Die Täter sind entkommen.

Die albanische Gesandtschaft in Paris dementiert alle Gerüchte über
militärische Vorbereitungen oder Unruhen in Albanien und stellt
fest, daß dort absolute Ruhe herrsche.

Nach einer Morgenblättermeldung starb in Rom der frühere italienische
Premierminister Luigi Suzzani im Alter von 85 Jahren. Fünfmal
war er Finanzminister. Während des Krieges entfaltete er eine
umfangreiche Tätigkeit als wirtschaftlicher Berater der alliierten
Regierungen.

Im italienischen Parlament gab der Staatssekretär Balbo bei der
Debatte über das Budget der Fliegerwaffe eine Darlegung der Lage
des italienischen Flugwesens. Er erklärte, daß in drei Jahren die
italienische Flugflotte aus 335 Bombenflugzeugen, 1250 Jagd-
flugzeugen, 682 Apparaten für Refognosierung und 2779 Linien-
flugzeugen bestehen werde.

Die japanische Regierung hat beschloffen, militärische Streitkräfte in
China nicht einzusetzen, sondern eine friedliche Vereinbarung auf
diplomatischem Wege anzustreben.

Reichsjustizminister Hergt über die Regierungskoalition

Der Einzelhandel gegen das Arbeitszeitnotgesetz — Schwierige Lage der Engländer am Yangtse — Das „Weiße Haus“
zur Lage in China

Berlin, 30. März. Der „Volkswagen“ veröffentlicht unter
der Überschrift „Der Weg der Koalition“ eine Unterredung mit Reichs-
justizminister Hergt. U. a. führte der Minister aus, daß es die selbst-
verständliche Aufgabe sei, für Stabilität und Kontinuität in Zukunft
zu sorgen. Die Herbeiführung einer ruhigen und gesicherten Entwic-
klung sei dringende politische Notwendigkeit. Die schwierige Aufgabe,
mit einer Koalition zu regieren, sei gestellt und müsse deshalb gemeis-
tert werden. Die Notwendigkeit zur Koalitionsbildung werde auch
nach weiteren Neuwahlen bestehen. Eine weitere unbedingte Notwen-
digkeit scheine ihm, daß man sich auch in den Parteien ein über sie
hinansgehendes Gemeinschaftsgefühl angewöhne. Diese so natürliche
Koalitionsgeistigkeit müsse sich auf die größere Gemeinschaft aller
staatsbürgerlich eingestellten Volksparteien stützen einstellen als in der
Vergangenheit. Dazu gehöre eine stärkere Rücksichtnahme auch in den
Auseinandersetzungen von Partei zu Partei; dann werde der Reichs-
regierung die Stärke werden, die sie innen- und außenpolitisch brauche.
Die Strafrechtsreform sei, so sagte der Minister, das modernste Straf-
recht der Welt. Durch sie solle dem Richter die notwendige Freiheit
in der Beurteilung der Persönlichkeit der Rechtsbrecher und bei der
Strafzumessung gegeben werden. Oftern werde der Entwurf dem
Reichstage zugehen, der ihn bis spätestens nächstes Frühjahr zu verab-
schieden haben werde.

Der Einzelhandel gegen das Arbeitszeitnotgesetz.

Berlin. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Ein-
zelhandels gibt zu dem geplanten Arbeitszeitnotgesetz fol-
gende Erklärungen ab, in denen es u. a. heißt:

1. Der Einzelhandel bestreitet nach wie vor, daß irgend-
ein Anlaß gegeben ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt durch ein
Notgesetz die geltenden Bestimmungen über die Arbeitszeit
in einer dem Arbeiterjuggesetz vorausgreifenden Weise abzu-
ändern. Soweit sich Mißstände in der Arbeitszeit verein-
zelter Betriebe ergeben haben, wird es Aufgabe der Verwal-
tung sein, hier einzugreifen; in keiner Weise kann als
richtig anerkannt werden, daß Mißständen in verein-
zelten Betrieben mit allgemeinen gesetzge-
berischen Maßnahmen begegnet werden soll.

2. In Verfolg dieser Stellungnahme muß auf das
ernsteste und dringendste verlangt werden, daß die Möglich-
keit einer freiwilligen Mehrarbeit auch weiterhin
erhalten bleibt. Ein Verbot freiwilliger Mehrarbeit schädigt
nicht nur den Handel, sondern vor allem auch den Verbraucher,
dessen Bedürfnisse nicht oder nur mit höheren Unkosten
gedeckt werden können.

3. In keiner Weise kann denjenigen Absichten zuge-
stimmt werden, die eine Bezahlung aller Mehr-
arbeit der Angestellten mit einem 25prozentigen
Zuschlag bezwecken, und zwar auch derjenigen Mehrarbeit,
die nicht auf Grund behördlicher Zulassung, sondern auf
Grund tarifvertraglicher Regelung geleistet wird. Die Vergüt-
ung tarifvertraglich geregelter Mehrarbeit muß grund-
sätzlich der Einigung der beteiligten Vertragsparteien über-
lassen bleiben.

4. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist schließlich, daß
durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht in die zurzeit
laufenden Tarifverträge eingegriffen wird. Es
besteht eine große Anzahl von Tarifverträgen, die auf
lange Zeit hinaus abgeschlossen sind, im Einzelhandel z. B.
bis zum 30. 6. 1928. In vielen Fällen sind die Gehälter
bereits so bemessen, daß eine im Ausnahmefall notwendige
Mehrarbeit im regulären Gehalt abgegolten wird. Diese
ganzen Tarifverträge würden völlig zerstört werden, wenn nun-
mehr Bestimmungen über Ueberstundenbezahlung bei den
Angestellten mit gesetzlicher Einwirkungskraft auf noch lau-
fende Tarifverträge eingeführt würden.

Das Weiße Haus zur Lage in China

New York, 29. März. Nach einer Kabinettsitzung über China
erklärte das Weiße Haus, daß die amerikanischen Truppen keinem
fremden Oberbefehl unterstellt würden. Das Weiße Haus erklärte
ferner, es könne infolge der unsicheren Lage in China keine genaueren
Mitteilungen über Amerikas günstige Chinapolitik machen; man sei
auf alles vorbereitet, hoffe aber, daß keine weiteren Truppenentsendungen
notwendig sein würden. Die amerikanischen Konsuln seien instruiert,
den amerikanischen Staatsbürgern im Innern Chinas nach Möglichkeit
zur Abreise zu raten.

Einbringung eines Etatnotgesetzes.

Inkrafttreten am 1. April, Außerkraft-
setzung spätestens am 15. April.

Berlin. Da es nicht möglich ist, den Reichshaushalts-
plan für 1927 rechtzeitig zum verfassungsmäßigen Termin,
dem 31. 3., zu verabschieden, ist von sämtlichen Parteien des
Reichstages, mit Ausnahme der Kommunisten, ein Gesetzent-
wurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für
1927 eingebracht worden. Danach wird die Regierung er-
mächtigt, für das Rechnungsjahr 1927 die zur Aufrechterhal-
tung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben
und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwen-
digen Ausgaben zu leisten.

Für die Art der Verwendung der Mittel und die Höhe
der Ausgaben sind, soweit der Entwurf des Reichshaushalts-
planes für 1927 bereits in zweiter Lesung beraten ist, die
Beschlüsse des Reichstages, im übrigen die Beschlüsse des
Haushaltsausschusses maßgebend. Dieses Gesetz tritt am
1. April dieses Jahres in Kraft und spätestens
am 15. April außer Kraft.

Mittelstandsprotest gegen den provisorischen Finanz- ausgleich.

Berlin. Das Berliner Kartell des selbständi-
gen Mittelstandes hatte die Vorstände der Innungen
und Fachverbände nach der Berliner Handwerkskammer zu
einer Protestkundgebung gegen die beabsichtigte Hinaus-
schiebung der Verabschiedung des endgültigen Finanzaus-
gleichs um weitere zwei Jahre einberufen.

Der Vorsitzende des Berliner Kartells, Reichstagsabge-
ordneter Drewh, erklärte, daß der von den Regierungs-
parteien vorgelegte Entwurf der Forderung des gewerblichen
Mittelstandes nach Abschaffung der einheitlichen steuerlichen
Belastung in keiner Weise Rechnung trage, sondern im Ge-
genteil die steuerliche Belastung wiederum auf zwei Jahre
durch Realsteuern bestehen lassen. Es müsse eine

endgültige Neugestaltung des Finanzausgleichs verlangt
werden, in der das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer wie-
der eingeführt werde. Ohne den endgültigen Finanzaus-
gleich sei nicht daran zu denken, die Finanzwirtschaft der
Länder und Gemeinden, sowie die des Reiches auf eine ge-
sunde Basis zu bringen. Wenn der Finanzausgleich nicht
bald verabschiedet werde, so stehe zu befürchten, daß wei-
tere Steuererhebungen eintreten werden. Der
Mittelstand sei aber nicht in der Lage, weitere steuerliche
Lasten auf sich zu nehmen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde
schärfster Protest gegen die von den Regierungsparteien be-
absichtigte weitere Hinausschiebung des Finanzausgleichs er-
hoben. Die Versammlung forderte die Schaffung einer festen
Beziehung zwischen Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer.

Verstärkung der russischen Luftstreitkräfte

Riga, 29. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort
ein Armeebefehl des stellvertretenden Kriegskommissars Unschlicht ver-
öffentlicht worden, in dem es heißt, daß die russischen Luftstreitkräfte
in der nächsten Zeit um das Dreifache verstärkt werden sollen. Auch die
chemische Industrie der Sowjetunion müsse wesentlich ausgebaut werden.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

(Die Verteilung der Mietzinststeuer.)
Dem Relunions-Sachsendienst wird halbamtlich mitgeteilt:
Von Reichswegen ist die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete
vom 1. April 1927 ab auf 110 v. H. und vom 1. Oktober
1927 ab auf 120 v. H. der Friedensmiete festgesetzt worden.
Die jetzt bestehende gesetzliche Miete hat also eine Erhöhung
von 10 bzw. 20 v. H. erfahren. Sachen hat es bei die-
sem Mindestsatz belassen. Die Verteilung des Mehrbetrags
kann erst durch eine Änderung des Aufwertungssteuergesetzes
erfolgen. Voraussetzlich werden von den ersten 10 v. H.
5 v. H. zur Förderung des Wohnungsbaues bestimmt wer-
den, während der Rest dem Hauseigentümer zum Ausgleich
für die erhöhten Lasten belassen wird. Von den zweiten
10 v. H. werden vermutlich 5 v. H. dem Wohnungsbau,
1 v. H. den Bezirksverbänden und bezirksfreien Gemeinden
für Wohlfahrtszwecke und 4 v. H. dem Hauseigentümer zu-
geführt werden. Bis zu dieser Gesetzesänderung verbleibt
es bei den bisherigen Bestimmungen über die Mietzinststeuer,
es sind also bis dahin die bisherigen Beträge abzuführen.

(Fahrkarten mit aufgedruckten Preisen
bei der Reichsbahn.) Wie von der Reichsbahn mit-
geteilt wird, werden in Zukunft nur noch Fahrkarten mit
aufgedruckten Preisen abgegeben und nicht — wie bisher —
nur mit der Angabe der Kilometerzahl.

(Die Frage der Polizeistunde.) Die Sächs.
Evangelische Korrespondenz schreibt: Die Frage der Regelung
der Polizeistunde für Sachen wird neuerdings von den zu-
ständigen Stellen des sächsischen Innenministers und des

Schwierige Lage der Engländer am Yangtse

London, 29. März. In maßgebenden politischen Kreisen sind
jeden Bericht aus dem fernen Osten eingegangen, wonach sich die
maßgebenden britischen Stellen in China entschlossen haben, die Städte
Tschang, Tschangschu und Sunfing völlig zu räumen. Die Frauen
und Kinder sind aus diesen drei Städten bereits abtransportiert worden.
Die Situation wird dort als außerordentlich ernst bezeichnet.

